

# Bündner Regierung will Mieten von Betrieben nicht übernehmen

Der Kanton Graubünden soll sich während der Coronakrise nicht zusätzlich an den Geschäftsmieten von Betrieben beteiligen. Fixkosten für Mieten würden schon in den Härtefall-Massnahmen berücksichtigt.



Bild: Bartolomiej Pietrzyk/123RF

Das schrieb die Bündner Regierung am Montag in einer Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss der SP. Diese forderte, dass die Bündner Regierung dem Kanton Baselland folgt. Dort übernimmt der Kanton ein Drittel der Mietkosten von Betrieben, sofern diese sich um eine generelle Mietreduktion bemühen.

Diese Regelung sei in Graubünden unvorstellbar, schrieb die Regierung. Zumal in Baselland nur Betriebe profitierten, die ihre Geschäftsräume mieten würden und zudem eine Einigung über eine Mietreduktion mit dem Vermieter erzielt hätten. Bei Räumlichkeiten im Eigentum würden Betriebe nicht unterstützt. In Graubünden hingegen würden diese Fixkosten durch die Härtefall-Massnahmen mitgetragen.

Weiter zog die Regierung die Gemeinden in die Verantwortung. Diese seien näher an den Betrieben und würden die lokalen Gegebenheiten besser kennen. Die Bündner Regierung schlägt dem Grossen Rat deshalb vor, den Auftrag abzulehnen. (sda/npa)

Publiziert am Montag, 08. März 2021